

Pulsnitzer Tageblatt

Ansprechender 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großbrühndorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 276

Donnerstag, den 27. November 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Viehählung

Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 6. November 1930 hat am
1. Dezember 1930

eine Viehzählung stattgefunden, die sich auf Pferde, Maultiere, Maulesel, Esel, Rinder, Schweine,
Schafe, Ziegen, Ferkel, Kaninchen und Bienenstöcke zu erstrecken hat und von städtischen
Polizeibeamten vorgenommen wird.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund dieser V. D. aufgefordert wird, nicht
erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit den in § 4 der
Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. 1. 1917 (RGBl. S. 81) angedrohten Strafen bestraft.

Pulsnitz, den 27. November 1930.

Der Stadtrat.

Freitag, den 28. November 1930, nachmittags 3 Uhr, sollen in Richtenberg, Sam-
melort der Vieher: Mittelgasthof

1 Fräsmaschine

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 27. Nov. 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg

Schuldig sind die mißhandelten Deutschen!

Höhnische Erklärung des polnischen Außenministers

Das polnische Außenministerium tut das
seine, um den Konflikt mit Deutschland zu verschärfen:
es veröffentlicht zu den blutigen Ausschreitungen gegen die
Deutschen eine „Erklärung“, die nichts anderes ist als eine
neue Herausforderung. Es ist da die Rede von der von den
polnischen Behörden getroffenen „Wahrsicherung“. „Nur in
einigen Orten“ sei die Ruhe „infolge allzu eifriger Wahl-
agitator“ gestört worden. Und dann wird gesprochen von dem
„traß provokatorischen Auftreten“ etwa des Pastors
Harffinger, ferner von „deutschen Banden“, die „ge-
mordet“ haben. Alle Vorgänge werden ins Gegenteil um-
gekehrt. Natürlich glaubt Herr Jaleski sich auch über anti-
polnische Auslandspropaganda u. dgl. beschweren zu müssen.

Die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier,
der Deutsche Evangelische Volksbund Oberschlesiens und der
Oberschlesische Kulturverband haben einen

offenen Brief an den Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder,

gerichtet, in dem es unter schärfstem Protest gegen den bluti-
gen Terror in Ost-Oberschlesien heißt: „Wir können uns da-
mit nicht einverstanden erklären, daß Ihr Einfluß sich auf
Vorstellungen beim Woiwoden Graczyński beschränkt.
Wir machen diesen vor aller Welt für die Greuelthaten mit-
verantwortlich, da er selbst Auffständischer ist und
die Aufständischenverbände seines Schutzes versichert.“

Die deutsche Note an den Völkerverbund.

Zu den Gewalttaten der Polen gegen die Deutschen wird
die Reichsregierung den Ratbestand in einer Note an den
Generalsekretär des Völkerverbundes bekannt-
geben. Man darf annehmen, daß die Absendung dieser Note
nur ein Anfangsritt ist und daß die Reichsregie-
rung mit der Bekanntgabe des Polen so schwer belastenden
Materials auch an die übrigen Ratsmitglieder gleichzeitig den

Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Völkerverbundes

verbinden werde. Diese Forderung ist in zahlreichen De-
pechen an die Reichsregierung aus allen Teilen des Reiches
zum Ausdruck gekommen. Ferner darf man erwarten, daß
die Reichsregierung gegen die vom polnischen Außenministe-
rium durch die polnische Telegraphenagentur verbreitete
tendenzöse Darstellung über die völlige Unschuld
der Polen entsprechend antworten wird.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages,
der sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt wird, ist
nunmehr auf Antrag der Deutschnationalen Volkspartei für
Dienstag, den 2. Dezember, einberufen worden.

Die Osthilfe vor dem

Haushaltsausschuß.

Baldige Neuregelung gefordert.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages
behandelte die Frage der Osthilfe. In der Aussprache kam der
Abgeordnete Hergt (Nat.) zu Wort und behandelte diese
für den gesamten Osten so überaus wichtigen Fragen. Er
betonte, daß schon das alte Osthilfegesetz unzu-
länglich gewesen sei, daß die Organisation zu verwickelt
und der preußische Einfluß unerträglich war. Ebenso unerträglich
sei die Begrenzung des in die Notverordnung
einzubeziehenden Gebiets. Die Ausdehnung der Not-
verordnung auf ganz Schlesien sei verlangt worden. Die
Notverordnung, wie sie heute vorliege, bringe nur eine

Verflechtung der Verhältnisse. Die Geld-
mittel, die als Bürgschaften für gewerbliche Zwecke gegeben
werden sollten, seien völlig fortgefallen. Die anderen Bürg-
schaften seien verringert worden. Preußen habe erreicht, daß
nunmehr in der Organisation und Ausführung sein Einver-
nehmen notwendig sei, während früher nur das „Benehmen“
mit Preußen gefordert worden war. Von Steuerniederstla-
gungen sei nicht die Rede. Die ober-schlesische Hochwasser-
katastrophe hätte einen gerechtfertigten Anlaß für eine weitere
Ausdehnung des Notverordnung-Gebiets gegeben. Die
Landesvertretungen seien zur Beratung der Frage nicht recht-
zeitig zugezogen worden. Der Beirat beim Reichskommissar,
der nunmehr gebildet worden sei, habe nur unzulängliche Zu-
ständigkeit. Vor allem tranke das Verfahren an den so ge-
nannten Krisentagen. Die Erbitterung gegen die Not-
verordnung sei im ganzen Osten allgemein. Die Deutschnatio-
nalen müßten die Regierung auf die schweren Folgen hin-
weisen, die eintreten würden, wenn nicht bald eine völlige
Neuregelung der Osthilfe durchgeführt werde.

Anschließend setzte sich Abg. Gottheiner für eine
weitere Ausdehnung der gewerblichen Kredithilfe ein. Ver-
treter anderer Fraktionen kritisierten ebenso die unzu-
reichenden Maßnahmen der Regierung. Aus den Antworten,
die der Reichskommissar, der Reichsminister Treviranus,
gab, konnte man entnehmen, daß die Hilfe für den Osten zwar
nicht abgeschlossen ist, daß sie aber erst dann erweitert werden
kann, wenn neue Geldmittel zur Verfügung stehen. Da sich
im Etat für 1931 keine Mittel für den Osten befinden, muß
man danach wohl damit rechnen, daß die Regierung vor
diesem Zeitpunkt nicht daran denkt, für die Osthilfe weitere
Summen zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuß vertagte
sich auf Donnerstag.

Das Reichskabinett und die Parteien.

Abschluß der Besprechungen beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler schloß seine informativischen Be-
sprechungen mit den Parteien ab. Er empfing noch den
Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat
Hugenberg, anschließend die Vertreter der sozialdemokra-
tischen Reichstagsfraktion Müller-Franzen, Hilferding,
Serg und Breitscheid, sowie hierauf den volkspartei-
lichen Führer Abg. Ringelohr und den Führer der Bay-
rischen Volkspartei, den Abg. Leicht. In einer Kabinetts-
sitzung wird der Reichskanzler über die Ergebnisse seiner
Besprechungen berichten. Das Reichskabinett dürfte sich
dann über die weiteren Schritte schlüssig werden.

Fortsetzung der Besprechungen mit den Sozialdemokraten.

Berlin, 27. Nov. Zu den Besprechungen des Reichs-
kanzlers mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion über die Abänderung der Notverordnung vom
26. Juli und des Finanzprogrammes der Regierung berichtet
der Vorwärts, daß diese Besprechungen am Mittwoch noch
nicht abgeschlossen worden seien. Sie werden voraussichtlich
am Donnerstag fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Im
Verlaufe der bisher mit der Sozialdemokratie geführten Be-
sprechungen habe die Regierung den ersten Willen zur
Durchsetzung ihres Finanzprogrammes auf parlamentarischem
Wege erkennen lassen. Der Vorstand der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion wird sich am Donnerstag mit der politisch-
parlamentarischen Lage befassen.

Das Wichtigste

Die Sitzung des Reichskabinetts, in der über die deutsche Note an den
Völkerverbund wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in
Oberschlesien beraten wurde, dauerte bis gegen Mitternacht an. Ein
amtlicher Bericht wurde nicht ausgegeben.

Der Reichstagsabgeordnete v. Kardorff ist nach einer Meldung Berliner
Blätter am Mittwoch sehr schwer erkrankt und noch in der vergan-
genen Nacht im Westsanatorium Berlin operiert worden. Wie
verlautet, soll es sich um eine plötzliche Darmverwühlung handeln.
Die Innere Verwaltung des Deutschen Reiches hat 1929 das 45fache
der Ausgaben von 1913 gekostet.

Für „Maßnahmen zum Schutze der Republik“ wurden 1929 705 725
Mark verbraucht, obwohl doch Gerichte und Polizei außerdem be-
zahlt wurden. Zum Schutze der Monarchie ist niemals eine Extra-
aufwendung nötig gewesen.

Der ehemalige sowjetrussische Wirtschaftssekretär in Paris, Besedemski,
bezieht die von Rußland im Ausland verteilten Propagandabehälter
auf jährlich 30 Millionen Dollar. 50 000 Dollar würden davon
allein nach Berlin gezahlt.

Ein Zug der elektrischen Ueberlandlinie in der Provinz Ancona (Sta-
lien) entgleiste in einer Kurve. Er durchbrach eine Mauer und
stürzte aus 10 Meter Höhe auf ein Gebäude. 7 Personen wurden
getötet und 11 verwundet.

Nach amtlichen Mitteilungen sind im Erdbebengebiet in Japan bis jetzt
291 Leichen geborgen worden. In Utsami zerstörte das Erdbeben
ein Kinderheim. 24 Kinder wurden getötet. — Aus dem süblischen
Teil der Insel Sachalin werden gleichfalls starke Erdstöße gemeldet.

Was nun?

Deutschlands vielleicht größter Staatsmann, Otto von
Bismarck, wurde einmal „ein Fuchs mit den Ansdauungen
Friedrich des Großen“ genannt. So ein „Fuchs“ fehlt dem
deutschen Volke in seiner gegenwärtigen ersten Lage als
führende politische Persönlichkeit; denn die Lage Deutsch-
lands ist mehr als schlimm angefaßt der nunmehr bereits
3 1/2 Millionen Arbeitslosen und der immer tiefer
sinkenden Lebenshaltung der breiten Massen.

Nun bemüht sich zwar die Reichsregierung mittels ihres
Finanz- und Sanierungsprogramms, die völlig verfahrenen
Finanzen in Ordnung zu bringen. Inwieweit ihr das ge-
lingen wird, werden wir in Kürze sehen. Vorläufig ver-
handelt der Reichskanzler noch mit den Parteiführern, um zu
sehen, wie die Aussichten dieses Kabinetts im Reichstag sind.
Die Aussichten sind nicht rosig, da selbst Regierungsparteien,
wie die Wirtschaftspartei und das Landvolk, mit dem Finanz-
programm des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich und mit
sonstigen Maßnahmen der Reichsregierung nicht einver-
standen sind und auch die Christlich-Sozialen erhebliche Abän-
derungen der neuen Steuer Gesetze und der Notverordnung wün-
schen. Die Reichsregierung findet also nicht einmal in dem
Lager ihrer Anhänger völlige Zustimmung. Eine Besprechung
zwischen Dr. Brüning und dem deutschnationalen Partei-
führer Dr. Hugenberg hat stattgefunden. Die Haltung der
Deutschnationalen ist bekannt. Sie wollen nicht die Young-
Planen mit der Verelendung des deutschen Volkes bezahlt
wissen. Deshalb wird das Kabinett Brüning auf die Unter-
stützung der Deutschnationalen nicht rechnen können, zumal
das Kabinett seine bis zu einem gewissen Grade guten Be-
ziehungen zu der Sozialdemokratie im Reich wie in Preußen
nicht aufzugeben gedenkt. Daß der Reichskanzler nicht mit
Vertretern der Nationalsozialisten verhandelt, wird in weiten
Kreisen nicht verstanden. Die Nationalsozialisten stellen
immerhin die zweitstärkste Partei im Reichstage dar. Um so
öfter haben Besprechungen zwischen Dr. Brü-
ning und der Sozialdemokratie stattgefunden,
um eine Unterstützung des Kabinetts durch die Sozialdemo-
kratie im Reichstage zu erzielen. Es ist möglich, daß die So-
zialdemokratie bei den kommenden Reichstagsverhandlungen
das Kabinett Brüning zum zweitenmal rettet. Allerdings
steht auch ein großer Teil der Sozialdemokratie den Maß-



nahmen des Kabinetts Brüning mit großen Bedenken gegenüber. Der Sozialdemokrat Heinrich Ströbel schreibt in der Zeitschrift „Der Klassenkampf“: „Wer eine solche Politik (NotverordnungsPolitik) unterstützt oder auch nur toleriert, macht sich mitschuldig an allen Folgen, die über Deutschland wegen einer solchen Politik kapitalistischer Ruchlosigkeit und Verblendung hereindringen müssen.“ Dies ist die Ansicht eines nicht unerheblichen Teiles der Sozialdemokratie. Es ist nur die Frage, ob die Kreise um den preussischen Ministerpräsidenten Braun und um den Parteivorstand der Sozialdemokratie die Reichstagsfraktion dazu zu bringen vermögen, ihrerseits trotz der vorhandenen Bedenken dem Kabinett Brüning nicht den Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Da die Sozialdemokratie wie auch ein geringer Teil des Zentrums gegen eine Ausschaltung des Parlaments und gegen diktatorische Maßnahmen des Kabinetts Brüning sind, so steht es auch noch nicht fest, ob der Reichstanzler auch diesmal wieder den Versuch machen wird, den Artikel 48 anzuwenden und mit neuen Notverordnungen weiterzueingreifen.

Worin bestehen denn die Bedenken gegen das Kabinett Brüning? Das Kabinett hat sich für Lohn- und Gehaltsentzünge eingesetzt, die teilweise schon durchgeführt worden sind, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu gestalten. Um den Lohnausfall wettzumachen, wurde die Preisentzüngeaktion eingeleitet. Diese ist vorläufig in den Anfängen steckengeblieben. In der Preisentzüngefrage bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung einerseits und der Wirtschaftspartei und der Sozialdemokratie andererseits, wenn auch aus verschiedenen Beweggründen. Tatsächlich ist die Preisentzüngeaktion zum Scheitern verurteilt, wenn nicht Eisenbahn, Post, Gas- und Elektrizitätswerte ihre Tarife heruntersetzen, und wenn nicht auch die untragbaren Steuern eine gebührende Verminderung erfahren. Dies hat auch Minister Schiele kürzlich ausgeführt. Warum sollte, was in Italien möglich ist, in Deutschland nicht möglich sein? An der Preisentzüngefrage kann das Kabinett Brüning scheitern. Ist es doch z. B. auch nicht verstanden worden, daß im Rahmen der Preisentzüngeaktion der Reichsarbeitsminister die Beiträge zur Invalidenversicherung heraufsetzen will. — Die Schwierigkeiten werden vermehrt durch die Enttäuschung des Ostens über die Dsthilfe. Der Reichslandbundspräsident Graf von Kaldreuth hat vom Kabinett energisches Handeln gefordert, sonst müsse der Landbund die Konsequenz ziehen. — Aber das Kabinett Brüning wird auch wegen seiner Außenpolitik stark angegriffen. Die schwachen Maßnahmen der Reichsregierung wegen der Deutschverfolgung in Polen haben scharfe Kritik in parlamentarischen Kreisen gefunden. Vor allem wird von der Rechten bis in die Parteien der Mitte hinein eine energische Aufholung der Young-Plan-Frage gefordert. Leider legt sich das Kabinett auch hier größte Enthaltensamkeit auf.

Vertliches und Sächsisches

Pulsnitz. Die Bibelstunde im Konfirmandenzimmer muß Umstände halber heute abend ausfallen. Sie wird auf morgen, Freitag, 8 Uhr verlegt.

Pulsnitz. Entschlieung zur Gehaltskürzung. „Die im Ortskartell Pulsnitz des Deutschen Beamten-Bundes zusammengeschlossenen Beamten, Lehrer und Angestellten haben volles Verständnis für die Not des Staates und breiter Volksschichten. Sie sind bereit, zu ihrem Teile, wie das durch ihre Spitzenorganisation, dem Deutschen Beamtenbund wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist, zur Vinderung der Not beizutragen. Sie lehnen jedoch eine einseitige Belastung, wie sie in der Reichshilfe und dem neuerdings geplanten 6%igem Gehaltsabzug zum Ausdruck kommt, mit Entschiedenheit ab und erwarten, daß schon um der Gerechtigkeit willen leistungsfähigere Kreise ebenfalls zur Vinderung der Not herangezogen werden. Mit Entrüstung wenden sie sich gegen den Beschluß des Reichsrates auf eine Vorverlegung der Gehaltskürzung auf den 1. Februar 1931. Sie fühlen sich der Willkür schutzlos preisgegeben, wenn auf dem Rücken der deutschen Beamtenschaft jetzt teilweise der finanzielle Ausgleich zwischen Reich und Ländern herbeigeführt werden soll. Protest erheben sie ferner gegen jede Sondergesetzgebung gegenüber der Beamten- und Lehrerschaft in den Ländern und Gemeinden. Sie bestreiten, daß begründeter Anlaß zum Erlaß eines neuen Besoldungsparagrafen gegeben ist. Erwartet wird vom Reichstag, daß er einem solchen Gesetz seine Zustimmung versagt. Außerdem erwarten sie, daß die von der Reichsregierung verkündeten Preisentzünge Maßnahmen mit Nachdruck zur Durchführung kommen, damit die Preisentzünge nicht nur dem Erzeuger, sondern auch dem Verbraucher gegenüber fühlbar wird. Sie fordern von Reichsregierung und Reichstag ein wirksames Einschreiten gegen die Kartellpreise sowie schärfste Maßnahmen gegen die Kapitalflucht.“

Pulsnitz. Vortrag. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr findet im Saale der Handelsschule ein öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern statt. Herr Neumeister, Zittau spricht über Bergfahrten in Kärnten, Osttirol und Salzburg. Der Besuch dürfte empfohlen sein.

— 51,3 Prozent Arbeitslose im sächsischen Baugewerbe. Eine am 17. November vorgenommene Erhebung, die sich auf 68 042 Personen erstreckte, ergab, daß zu dem genannten Zeitpunkt 16 294 Maurer, 14 225 Bauhilfsarbeiter, 1 154 Tiefbauarbeiter, 2 233 Facharbeiter, 964 Lehrlinge und 32 weibliche Personen arbeitslos waren. Dies entspricht einer Arbeitslosigkeit von 51,3 Prozent.

Weißbach. Aufführung des Männergesangsvereins. Am Totensonntag wartete der Männergesangsverein mit Theater und Gesangsvorträgen auf. „Ein Frühlingstraum“ von Thilo Schmidt, das gewaltige Werk, das uns zeigte, wie zwei Liebende nicht zusammen kommen. Der Sinn konnte richtig erfaßt werden und am Ende hörte man ein allgemeines Aufschluchzen. Auf vielseitigen Wunsch kommt das Stück nächsten Sonntag ein zweites Mal zur Aufführung. Näheres s. Inserat in der Freitag-Nummer. (Eingeliefert.)

Dresden. Warnung vor Unterschriften. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen — Gau Freistaat Sachsen — teilt uns mit, daß seit einiger Zeit Reisende bei Kriegerhinterbliebenen vorsprechen und ihnen Wäsche anbieten. Die Reisenden, die in einem Auto vorgefahren kommen, geben an, daß sie lediglich ihre Waren an Kriegerhinterbliebene verkaufen dürfen. Eine Bezahlung wird nicht verlangt. Es wird von den Reisenden erklärt, die Bezahlung habe Zeit, bis der Käufer hierzu in der Lage sei. Sie verlangen lediglich eine Quittung über die erhaltenen Waren, die sie sofort ausständig. Hinterher stellt es sich heraus, daß die geforderte Empfangsbekundigung einen Wechsel darstellt. Die Hinterbliebenen sind dadurch in die denkbar schwierigste Lage geraten. Es empfiehlt sich deshalb, sobald Reisende vorsprechen und Unterschriften verlangen, sich eingehend darüber zu informieren, welche Verpflichtungen mit der Unterschriftleistung eingegangen werden. Sollten Verkäufer nicht in der Lage sein, sich ausreichend auszuweisen, so empfiehlt es sich, die Personalien durch die nächste Polizeiwache feststellen zu lassen, um solch unterlaufenem Tur entgegenzutreten zu können.

Dresden. Nach Frankreich 1930 keine Zulassung mehr. Zwischen Deutschland und Frankreich besteht bekanntlich eine Vereinbarung vom Jahre 1928, durch die jährlich 500 deutsche Gastarbeitnehmer in französischen und umgekehrt 500 französische Gastarbeitnehmer in deutschen Arbeitsstellen zur beruflichen und sprachlichen Fortbildung zugelassen werden können. Eine Arbeitsvermittlung findet nicht statt, sondern es wird nur die Zulassung auf dem französischen Arbeitsmarkt erleichtert. Die Bewerber müssen selbst einen französischen Arbeitgeber benennen können, der sie einstellen will; sie dürfen auch das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben. Für das laufende Kalenderjahr ist das Zulassungskontingent von deutscher Seite bereits vollständig in Anspruch genommen worden, sodaß gegenwärtig keine Zulassungen mehr erfolgen können. Es ist daher zur Zeit zwecklos, Anträge an die deutschen Zulassungsstellen zu richten.

Dresden. Um den Zusammenbruch der Großenhainer Gewerbank. Am 3. Dezember 1929 meldete die Gewerbank in Großenhain Konkurs an und es wurde ein Defizit von 300 000 Mark festgestellt. Im Anschluß an den Zusammenbruch fanden bereits mehrere Strafprozesse statt, die mit Verurteilung der Schuldigen endeten. Wegen Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz mußte sich jetzt der Direktor der Bank, Hermann Marus, 1864 in Großenhain geboren, der 1923 mit einem gewissen Leifner zusammen die Bank gründete und leitete, vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden verantworten. Die Anklage legte ihm zur Last, als Bankvorstand absichtlich zu deren Nachteil gehandelt und in den Jahren 1927/29 übermäßig hohe Kredite gewährt zu haben, wodurch der Vermögensfall herbeigeführt wurde. Es ist eine Summe von ca. 400 000 Mark errechnet worden, um welche die Bank geschädigt wurde. Der Angeklagte, der zuerst 5 400 Mark Gehalt als Leiter, später das doppelte und ein Monatsgehalt als Rentiere erhielt, gab an, daß er sich nicht schuldig fühle, er habe die Interessen der Bank nach bestem Wissen und Können vertreten. Zur Klärung des Sachverhalts waren 9 Zeugen geladen, zumeist Aufsichtsratsmitglieder und ein Sachverständiger. Der Angeklagte wurde zu 4 Monaten Gefängnis und zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde mit 50 Tagen angerechnet.

Dresden. Ein zweiter Raubüberfall geflart. Wie seiner Zeit berichtet, wurde am 16. September eine 15jährige Kontoristin, die 80 Mark vom Postsekretariat geholt hatte, in der Löbnitzstraße auf der Treppe zum Büro niedergeschlagen und beraubt. Der Täter war entkommen. Bei der kriminalpolizeilichen Untersuchung des neueren Überfalles auf der Großenhainer Straße stellte sich heraus, daß der Monteur Walter Thürbach auch jenen Überfall auf der Löbnitzstraße verübt hat. Nach längerem Zeugnissen gab er beide Überfälle zu.

Dresden. Flucht eines Untersuchungsgefangenen. Als der seit Oktober wegen schwerer Privaturlundenfälschung in Untersuchungshaft befindliche Paul Nake im hiesigen Landgerichtsgebäude zur Vernehmung geführt worden war, sprang er plötzlich auf und entflo. Obwohl sofort das Gerichtsgebäude mit Hilfe von Polizei eingehend durchsucht wurde, gelang es nicht, des Flüchtlings, der früher schon Fluchtversuche unternommen hat, habhaft zu werden.

Großpöckwitz bei Baunzen. Erhebliche Ueberschreitungen haben sich beim Bau der neuen Volksschule ergeben. Dieser war mit 190 000 RM. veranschlagt bezw. konnten Einnahmen in dieser Höhe erzielt werden, während insgesamt 254 500 RM. erforderlich waren. Es ergibt sich somit eine Ueberschreitung von 64 500 RM. Die Ueberschreitung erfuhr seitens der beteiligten Gemeinden eine scharfe Kritik. Sie erklärten, weitere Mittel nicht aufbringen zu können, da die Gelber der Gemeinden außerordentlich beschränkt seien. Man könne kaum die Mittel für die Wohlfahrtsberwerblosen noch aufbringen. Es wurde eine erneute Sitzung anberaumt, in der Architekt Schiffner, Zittau, und Bürgermeister Seifert, jetzt in Kirchau, nähere Auskunft über die Ueberschreitungen geben sollen. Es soll versucht werden, vom Ministerium ein weiteres Darlehen zu erhalten und für die bereits aufgenommenen Darlehen eine längere Tilgungszeit zu erwirken. Weiterhin belastet wird die Schulgemeinde durch den Turnhallen-Neubau, der 75 200 RM. kostet und ebenfalls noch einen ungedeckten Fehlbetrag von rund 5000 RM. aufweist.

Leutwitz. Ein gefährliches Wilderpaar festgenommen. Am letzten Sonnabend wurde im Nebeschützer Jagdrevier unter einem Kartoffelkrautgarten ein frischgeschossenes Reh gefunden, das mit einem 6 mm-Tesching erlegt war. Die hierauf von der Gendamerie angestellten zweitägigen Ermittlungen führten zu der Verhaftung eines jugendlichen Brüderpaares von 16 und 17 Jahren aus Leut-

witz, wovon der ältere erst kürzlich wegen Wilderns bestraft worden ist. Es konnte den beiden nachgewiesen werden, daß sie in der Zeit von März bis November 1930 mindestens 10 Rehe, 5 Fasanen, 3 Hasen und anderes Unterwild mittels Tetsching bezw. Fallen erlegt und nach Baunzen an einen Fellschneider, der ebenfalls in Haft genommen wurde, weit unter Preis verkauft haben. Verschobenes Schieß- und Fanggerät konnte beschlagnahmt werden.

Goldzig. Betriebsstillegung. Die Steingutfabrik Thonsberger & Hermann, die bereits zu größeren Arbeiterentlassungen gezwungen war, wird ihren Betrieb wahrscheinlich mit Schluß des Jahres ganz einstellen. Diese Stilllegung belastet den Arbeitsmarkt ganz erheblich. Außerdem werden dadurch sowohl die Stadt Goldzig als auch verschiedene Landgemeinden stark in Mitleidenschaft gezogen.

Leipzig. Preisabbau zur Leipziger Messe. Wie uns das Leipziger Messamt mitteilt, werden zur kommenden Messe die Preise für Privatzimmer bedeutend herabgesetzt. In der in der letzten Tagen stattgefundenen Wohnungsaussschuß Sitzung wurde beschlossen, daß der einmalige Uebernachtungspreis in der Klasse I von 9 RM auf 8 RM, in der Klasse II von 6,50 RM auf 6 RM und in der Klasse III von 4,50 RM auf 4 RM herabgesetzt wird. Der Uebernachtungspreis von 3 RM in der billigen und 12 RM in der Luxusklasse bleibt unverändert. Darüber hinaus ist bei zweibettigen Zimmern der Mietpreis des zweiten Bettes, welcher bisher in voller Höhe des ersten Bettes erhoben wurde, um etwa ein Drittel ermäßigt worden. Zweibettige Zimmer kosten unter Berücksichtigung der obigen allgemeinen Herabsetzung in Zukunft: 1) Sonderklasse 20 RM, 2) Klasse I 13,30 RM, 3) Klasse II 10 RM, 4) Klasse III 6,70 RM, 5) Klasse IV 5 RM.

Leipzig. Ein Kraftwagenführer in der Mordfalle Thranhardt als Zeuge gesucht. Ein Kraftwagenführer aus Liebertwolkwitz, der den Ermordeten aufgefunden hat, hat auf der Landstraße Grimma-Leipzig am 18. 11. gegen 1/2 12 Uhr nachts einen Kraftwagen, angehalten. Beide Kraftwagenführer haben dann den Kraftwagen, in dem der Ermordete lag, besichtigt und festgestellt, daß Thranhardt tot auf dem Führersitz gefesselt hat. Der Führer des angehaltenen Kraftwagens wird gebeten, seine Adresse schriftlich dem Untersuchungsrichter, Landgerichtszust Dr. Goldmann, Leipzig, Eisenstraße 64, mitzuteilen oder sich bei der nächsten Polizei — oder Gendameriedienststelle zu melden.

Ein folgenschweres Autounfall.

Selbstmord des Wagenführers.

In Hof wurde die Betriebsleitersehefrau Weber vom Kraftwagen eines Fabrikbesizers aus Kirchenlamitz überfahren und war sofort tot. Der Führer des Wagens hat sich, von dem Vorfall überwältigt, nach seiner Ankunft in Kirchenlamitz vor einen Eisenbahnzug geworfen, wobei er den Tod fand.

Die „Seestadt“ Leipzig wird Hafenhaf.

Der Rat der Stadt Leipzig hat 25 000 Mark als Berechnungsgeld für Vorarbeiten zum Ausbau des Leipziger Kanalhafens bewilligt.

Die Pflege des handwerklichen Nachwuchses.

Aussehen von Lehrlingen bei Arbeitsmangel.

Auf die Frage eines sächsischen Landesverbandes, ob für die Lehrherren in wirtschaftlich schwieriger Zeit die Möglichkeit besteht, die Lehrlinge ohne weiteres aussetzen zu lassen, haben sich die sächsischen Gewerbetamern eingehend mit der Erörterung der rechtlichen Lage beschäftigt und auf Grund der gepflogenen Beratungen diese Frage im allgemeinen verneint. Die Kamern haben sich dabei von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß das Lehrverhältnis nicht einem Arbeitsverhältnis gleichzustellen ist, für das die Regelung aller Fragen auf dem Wege tariflicher Vereinbarungen vorgenommen werden kann. Das Lehrverhältnis hat vielmehr in erster Linie als Erziehungs- und Auszubildungsverhältnis zu gelten. Unerläßliche Pflicht des Lehrherrn ist es infolgedessen, sich um die Ausbildung der Lehrlinge sorgfältig zu bemühen.

Sind alle anderen Möglichkeiten erschöpft, so würde es einer gütlichen Auseinandersetzung mit dem Lehrling und seinem gesetzlichen Vertreter bedürfen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Lehrvertrag aufrechterhalten werden soll, bzw. ob eine spätere Fortsetzung der Lehre bei gleichzeitiger Nachholung der verlorengegangenen Lehrzeit erfolgen kann. Eine andere Regelung dürfte sich mit den berufsständischen Pflichten des Handwerkers in der Nachwuchsfrage nicht vereinbaren lassen.

Ungenügende Preisentzünge Maßnahmen in Leipzig.

Schlechtes Beispiel der städtischen Betriebe.

In einer Pressesitzung hat der Rat der Stadt Leipzig Mitteilung gemacht über die Erfolge seiner Bemühungen, die Preise in Leipzig zu senken. Dabei ist festgestellt worden, daß es unmöglich sei, die Tarife für Gas und Strom zu senken, weil die aus den städtischen Werken gezogenen Einnahmen der Stadt außerordentlich hoch sind; sie betragen im laufenden Geschäftsjahr 13,5 Millionen M. Die Entzünge der Preise in Leipzig begegnet auch sonst Schwierigkeiten. In der Mehrzahl der Fälle und das gilt von Brot, Fleisch usw., wird behauptet, daß die Preise in Leipzig weit unter dem Durchschnitt liegen. Man geht nun dazu über, die Preise wichtiger Lebensmittel wöchentlich zweimal, statt bisher wöchentlich einmal zu veröffentlichen. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die Leipziger Milchhändler es strikte abgelehnt haben, den Verkaufspreis für Milch zu senken. Der Preis für Milch ist zurzeit 29 Pf. frei Haus. Die Händler zahlen 18 Pf. frei Rampe Bahnhof. Und der Rat ist mit den Verbrauchern der Ansicht, daß die Spanne zu hoch sei.

Das Ende eines unerquicklichen Streites.

Mit dem Spruch des Staatsgerichtshofes über das Benennungsrecht für die Verwaltungsratsitze der Reichsbahn ist am Dienstag ein Streit zu Ende gegangen, der seit etwa drei Jahren gespielt und der mehr Verärgerung geschaffen hat, als es für ein ersprießliches Verhältnis zwischen dem Reich und seinen Ländern gut ist. Worum es ging, sei noch einmal kurz gesagt: Als Sachsen und die anderen jogen. Eisenbahnländer — Preußen, Bayern, Baden und Württemberg — im Jahre 1920 ihre Eisenbahnen an das Reich abtraten, erhielten sie von der damaligen Reichsregierung die Zusicherung, in der Verwaltung der Reichseisenbahn ausreichende Vertretung zu bekommen. Nach dem Reichsbahngesetz von 1924 wurde diese Zusage erfüllt, im Verwaltungsrat der Reichsbahn wurde von den genannten Ländern je ein Vertreter auf Vorschlag ihrer Regierung aufgenommen. Später erinnerte sich das Reich aber nicht mehr an seine Versprechungen, und als der preussische Vertreter starb, ernannte die Reichsregierung, ohne auf Preußen zu hören, von sich aus einen Nachfolger, der der jetzige Reichsbahnpräsident Dr. Luther war. Es gab einen heftigen Konflikt, und als Preußen darauf den Staatsgerichtshof anrief, entschied dieser gegen das Reich. Trotdem hielt das Reich, als sachungsgemäß auch Vertreter der anderen Länder ausscheiden mußten, an seinem Standpunkt fest. Und deshalb ist nun der Staatsgerichtshof noch einmal mit dieser Angelegenheit befaßt worden.

Da das Urteil im Fall Preußen schon seit Jahr und Tag vorlag, konnten die Länder dem neuen Spruch mit Ruhe entgegenzusehen; der Staatsgerichtshof konnte ja jetzt schließlich anders als damals entscheiden. Und er ist mit seinem Urteil solchen Erwartungen auch voll gerecht geworden, das Reich ist auf der ganzen Linie unterlegen.

Man könnte meinen, daß die Angelegenheit nicht die viele Arbeit und die zahllosen Auseinandersetzungen, die um sie geführt worden sind, wert wäre. Sie ist es aber doch, wie sich besonders im Falle Sachsen zeigt. Sachsen ist einer der verkehrsreichsten Eisenbahnbezirke Deutschlands, und dazu noch der rentabelste. Seine Eisenbahninteressen stimmen mit denen anderer Gebiete nicht immer überein, was sich aus der Eigenart seiner Industrie ohne weiteres erklärt. Es ist also wichtig genug, daß im Verwaltungsrat der Reichsbahn ein Mann sitzt, der über diese Dinge Bescheid weiß und sie auch vertritt. Daß das bisher nicht geschehen ist, läßt sich gar nicht bestreiten, die vielfältigen Klagen aus sächsischen Wirtschaftskreisen beruhen ganz sicher nicht auf bloßen Einbildungen.

Sachsen war auch noch mehr benachteiligt, als die anderen Länder. Ihnen war die Reichsregierung wenigstens tatsächlich entgegengekommen, indem sie von sich aus Angehörige des preussischen, bayrischen, württembergischen und badischen Staates zu Mitgliedern des Verwaltungsrates ernannte, während Sachsen, seit dem Ausscheiden des Kreis-Hauptmanns Bud vor Jahren, gänzlich unberücksichtigt blieb. Da wird nun Wandel geschaffen, und es ist zu hoffen, daß die sächsische Wirtschaft in Zukunft bessere Berücksichtigung durch die Reichsbahn findet. Der Mann, den die sächsische Regierung voraussichtlich benennen wird, der Ministerialdirektor Dr. Klein aus dem Wirtschaftsministerium, erfüllt alle Ansprüche, die hier an ihn gestellt werden können.

Aus dem Landtage.

Ausschuß-Beschlüsse.

Im Haushaltsausschuß A wurde der kommunistische Antrag behandelt, zehn Millionen Mark für außerordentliche Winterhilfe- und Notstandsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen und weiter Beihilfen in Form von Geld und Naturalien zu gewähren. Der Kern dieses Antrags wurde von Sozialisten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die acht Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Der Haushaltsausschuß B beschäftigte sich mit der Abwanderung ganzer Industriezweige und Unternehmungen aus Sachsen, die auf das Verhalten der Reichsbahn zurückzuführen sind, die die im Staatsvertrag vom 4. Mai 1920 vom Reich gemachten Zusicherungen nicht einhalte. Die Regierung behauptete, daß wegen der Auslegung dieses Vertrages keine Differenzen zwischen Land und Reichsbahn bestünden. Die Schwierigkeiten seien vielmehr auf die wirtschaftliche Gesamtlage zurückzuführen. Die Regierung wolle alles tun, damit die sächsische Schienenquote in Sachsen bleibe und habe vom Justizministerium ein diesbezügliches Gutachten angefordert. Im Ausschuß wurde daraufhin der nationalsozialistische Antrag zurückgezogen, der sozialdemokratische aber, insofern er die Einreichung einer Klage betraf, abgelehnt. Der Ausschuß wünschte ferner die Beibehaltung des Haltpunktes Ehrenriedersdorf an der Linie Meinersdorf-Schönfeld. Zum Schluß wurde eine Eingabe der Gemeinde Bockwa wegen Schädigung der Oberfläche durch die Grube Hammerwald der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Hindenburg und die Romreise der Stahlhelmer.

Reichspräsident v. Hindenburg hat in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Stahlhelms über die anlässlich der Romreise von Stahlhelmmitgliedern erfolgten politischen Demonstrationen sein Mißfallen aussprechen lassen. — Anlaß gab dem Reichspräsidenten die Tatsache, daß Stahlhelmmitglieder, die sich auf einer Reise in Italien befanden, in einer Audienz Mussolini ein Stahlhelmabzeichen überreicht haben. Von der Presse stellte der Stahlhelm in Rom wird mitgeteilt: „Es handelte sich nicht um eine offizielle Abordnung, sondern um einen Vorgang, der sich aus den Umständen des überraschend begeisterten Empfanges einer Stahlhelmstudienfahrt in Rom ergab. Das Büro des Herrn Reichspräsidenten ist alsbald über die tatsächlichen Zusammenhänge und den durchaus inoffiziellen, politische Zweckbedeutung entbehrenden Charakter der Studienfahrt unterrichtet worden. Es besteht also zwischen dem Ehrenmitglied und der Bundesführung des Stahlhelms keine Verschiedenheit in der Auffassung.“

Nur Waffenstillstand in der Wirtschaftspartei?

Nach einer Meldung wird der Konflikt des Abg. Collofer und seiner Freunde mit dem Parteivorstand der Wirtschaftspartei, Drewh, auch durch die Verhandlungen des Reichsparteiausschusses noch nicht als endgültig erledigt angesehen. Die Entscheidung sei, so heißt es, vielmehr nur

aufgeschoben bis zum Parteitag der Wirtschaftspartei, der im April 1931 nach Hannover einberufen würde. Bis dahin herrsche gewissermaßen Waffenstillstand. Der Abgeordnete Collofer habe wieder sein Amt im Parteivorstand eingenommen und behalte auch seinen Einfluß auf das Parteiorgan.

Allgemeine Tariffenkung unmöglich.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat eine Beratung abgehalten und eine allgemeine Tarifiermäßigung abgelehnt. Er hat sich zur Senkung einzelner Tarife bereit erklärt und die Genehmigung zur Senkung des Kohlentarifes für die Ausführung und nach besonderen Wettbewerbungsgebieten ab 1. Dezember gegeben. Weiter soll geprüft werden, ob Frachtfenkungen bei Waren, insbesondere für Lebensmittel, möglich sind.

Der Verwaltungsrat hat dann weiter festgestellt, daß im Jahre 1930 die Reichsbahn eine Mindereinnahme von über 700 Millionen RM gegenüber dem Vorjahre haben wird, daß aber in diesem Jahre eine gewisse Erleichterung dadurch eintritt, daß die Reichsregierung auf langfristige Forderungen an die Reichsbahn verzichtet hat. Ersparnisse seien aus der Herabsetzung der Beamtgehälter zu verzeichnen und dadurch, daß die Mitglieder des Vorstandes auf 20 Proz. ihrer Bezüge verzichtet haben und weiter 20 Proz. aller Dienstaufwandsentschädigungen vom 1. Januar 1931 ab getrichen werden. Diese Entlastung reicht aber nach Ansicht des Verwaltungsrates nicht aus, um die Mindereinnahmen auszugleichen.

Pfeiffonzert für den Reichsfinanzminister.

Eine Rede Dr. Dietrichs in Bremen.

In einer von der Deutschen Staatspartei und der Demokratischen Partei einberufenen öffentlichen Kundgebung sprach in Bremen Reichsfinanzminister Dietrich. Angesichts der gerade in den letzten Tagen im Reichstag gepflogenen Verhandlungen über die für das bremische Wirtschaftsleben so einschneidende Tabaksteuererhöhung kam es in der Kundgebung zu derartigen Störungen, daß die Versammlungsleitung die Polizei in Anspruch nehmen mußte.

Reichsfinanzminister Dietrich, mit lauter Pfeiffonzert und Trampeln begrüßt, ging auf die politische Entwicklung in Deutschland in der jüngsten Vergangenheit über. U. a. betonte er, daß er für die Kürzung der Beamtgehälter die volle Verantwortung trage. Sie solle sich jedoch keineswegs zu einer Dreihrederei in Länder- und Gemeindeangelegenheiten auf die Dauer auswirken. Im einzelnen ging dann der Redner auf die Tabaksteuervorlage ein und wies weiter darauf hin, daß eine geordnete Staatswirtschaft und die Ordnung des Reichshaushalts die Voraussetzung für die innere Ordnung in Deutschland seien.

Hausbesitz und Regierungsprogramm.

Berlin. Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine (Berlin) begrüßt in einer Entschließung das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung als einen ersten Schritt zur Gesundung der deutschen Wirtschaft und Finanzen. Die Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes für die Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft entspreche einer grundsätzlichen Forderung des deutschen Hausbesitzes, die Termine selbst seien jedoch unannehmbar. Die Wohnungszwangswirtschaft müsse vielmehr mit dem 30. Juni 1931 ihr Ende finden. Der geplanten Art der Realsteuerentlastung aus Hauszinssteuer ermitteln sei schärfstens zu widersprechen. Der Hausbesitz fordere schließlich die endgültige Beseitigung der Hauszinssteuer.

Wie denkt sich Bethlen den Schutz der Landwirtschaft?

Berlin. Anlässlich der Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland auch auf landwirtschaftlichem Gebiet ist die Frage aufgetaucht, wie in diesen Plänen der Schutz der in Deutschland besonders um ihr Dasein ringenden Landwirtschaft gedacht ist. Graf Bethlen äußerte sich gegenüber einem Mitarbeiter der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse“ u. a. wie folgt:

„Ein Land mit landwirtschaftlichen Ueberschüssen könne durch Erhöhung der Zölle und andere handelspolitische Maßnahmen seinen Agrarereignissen keine höheren Preise sichern, wie es z. B. Deutschland tut.“

Ungarn müßte daher gewisse Vereinbarungen mit den anderen Agrarländern zur Zusammenfassung und Regulierung des Angebotes treffen, um die Preisunterbietungen auszuschalten, wie es z. B. Deutschland mit Polen durch die Roggenkonvention gemacht hat. Der Unterschied der Erzeugungskosten zwischen Europa und Uebersee könne vorderhand nur durch Differentialzölle, also durch Vorzugsbehandlung, ausgeglichen werden. Deutschlands Getreideeinfuhr betrage jährlich 20 Millionen Doppelzentner.

Ein Vorzugssystem würde nun die Aufopferung eines Teils der Zolleinnahmen bedeuten.

Daraus entsteht der deutschen Landwirtschaft keine Gefahr, denn durch die Gesundung des Wirtschaftslebens der Agrarstaaten würde deren Kaufkraft gesteigert werden, was auf die Ausfuhr der Industrieländer günstig wirken und folgerichtig den Industrieländern auch eine erhöhte Absatzmöglichkeit der eigenen Landwirtschaft geben würde.“

Nationalsozialistische Landwirtschaftsforderungen.

Im Reichstag fand unter dem Vorsitz des Abg. Wilkens eine Tagung der aus den landwirtschaftlichen Berufskreisen stammenden Mitglieder der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion statt, in der eine Reihe von Beschlüssen beschlossen wurden, die zu Anträgen im Reichstag verbleiben sollen. Danach darf nur Weizenmehl gewerksmäßig hergestellt und in den Verkehr gebracht werden, wenn 70 Prozent Inlandsweizen verwendet werden. Der Vermahlungsatz für Inlandsweizen soll auf 70 Prozent festgesetzt werden. Der Preis für Inlandsweizen darf nicht niedriger als 13 und nicht höher als 15 RM pro Zentner sein.

Die Reichsbahnverwaltung soll für Inlandsroggen und Roggenmehl, die aus Ueberschußgebieten des Reiches verladen werden, eine 50prozentige Fracht

ermäßigung gewähren. Das gleiche gilt für Inlandsgerste. Das Brotgesetz soll aufgehoben werden. Als Roggenbrot darf nur Brot bezeichnet werden, das aus reinem Roggenmehl bei mindestens 70prozentiger Ausmahlung hergestellt ist. Der Futtergerstenbegünstigungszoll soll aufgehoben werden. 1931 sollen nur 10 Millionen Doppelzentner Auslandsfuttergerste eingeführt werden dürfen. Bier und Malz dürfen nur aus deutscher Gerste und deutschem Hopfen hergestellt und in den Verkehr gebracht werden. Die Bezeichnung Getreide oder Produktbörse usw. soll nur von Körperschaften geführt werden dürfen, die unter Staatsaufsicht stehen.

Grenzschutz D.-S. aus Arbeitslosen gefordert.

Die nationalsozialistische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach die Reichsregierung umgehend die erforderlichen Maßnahmen ergreifen soll, um aus dem Millionenheer der männlichen Arbeitslosen einen freiwilligen Grenzschutz von mindestens 100 000 Mann zur Abwehr polnischer Uebergriffe längs der deutsch-polnischen Grenze aufzustellen.

Ermäßigung der Frachttarife — in Italien.

Rom. Vor dem italienischen Ministerrat berichtete Mussolini über die Entwicklung des Preisabbaues in Italien. Er stellte die vollkommene Disziplin der Beamtenschaft und die Mitarbeit aller Zweige der Wirtschaft in der Angleichung der Preise an den heutigen Stand der Lira fest. Mussolini erklärte, der Preisabbau werde bis zu dem gesteckten Ziel durchgeführt werden. Der Verkehrsminister teilte mit, die Eisenbahn werde die Frachttarife ab 1. Januar 1931 herabsetzen.

Polnisch-rumänische Verhandlungen.

Der polnische Generalstabchef bei König Carol.

Der Chef des großen polnischen Generalstabes, der zurzeit mit mehreren Offizieren in Bukarest weilte, wurde vom König in Audienz empfangen. Kriegsminister General Condesou hat das Großkreuz des „Wiederhergestellten Polens“ erhalten.

Die Presse weist darauf hin, daß von militärischen Plänen und Abmachungen keine Rede sein könne. Es handle sich lediglich um einen Gedanken austausch der beiden befreundeten Staaten, deren Interessen hinsichtlich der Sicherheit der Grenzen und zum Schutze der Friedensverträge die gleichen seien, zumal die Feinde Rumaniens auch die Feinde Polens seien.

Calonder fährt nach Warschau.

Auf Einladung Zaleskis.

Außenminister Zaleski hat offenbar im Zusammenhang mit den Vorfällen in Oberschlesien den Präsidenten der Gemischten Kommission in Katowitz, Calonder, nach Warschau eingeladen. Calonder dürfte am Donnerstag oder Freitag in Warschau eintreffen.

Ein theatralischer Prozeß in Moskau.

Schuldige für den Zusammenbruch des russischen Fünfjahresplanes gesucht.

In Moskau ist von der Sowjetregierung ein Prozeß aufgezogen worden, in dem „Schuldige“ für den Zusammenbruch des Fünfjahresplanes der Moskauer Nachhaher gefunden werden sollen. Nach Berichten aus Moskau hat sich die wirtschaftliche Lage der Sowjet-Union so katastrophal gestaltet, daß sich die Moskauer Regierung der Klame durch einen Industriespionageprozeß glaubt bedienen zu müssen, um die Blide der Massen von der ernsthaften russischen Wirtschaftskrise abzulenken. Man hat also eine Reihe von Ingenieuren und wissenschaftlichen Leitern industrieller Organisationen der Sowjet-Union angeklagt, mit englischer und französischer Unterstützung Spionage gegen Rußland betrieben zu haben. Der Aufbau der russischen Wirtschaft soll von den Angeklagten sabotiert worden sein, und

eine kriegerische Intervention seitens Englands und Frankreichs sei für eine spätere Zeit vorgesehen gewesen.

Der Prozeß ist wie eine große Theater- oder Kinovorstellung aufgezogen. Abgeordnete der kommunistischen Organisationen sitzen auf tausend Zuschauerplätzen, und 70 Zeitungsberichterstatter des Auslandes und Photographen sind zu dem Schauspiel eingeladen worden, wie die Sowjet-Union „Verräter“ aburteilt. Sogar eine Diplomatenloge ist errichtet worden. Bei Beginn der Verhandlungen fand eine große Demonstration in Moskau statt, an der mehr als eine Million Arbeiter teilgenommen haben soll. Die Demonstranten haben die „Unerbittlichkeit des proletarischen Gerichtes“ gefordert.

Nach Moskauer Meldungen ist den Angeklagten Ramsin und Genossen die Frage vorgelegt worden, ob sie sich schuldig bekennen. Sämtliche Angeklagten sollen diese Frage bejaht haben.

Die unglücklichen Opfer dieses Propagandaprozesses, die den langen Leidensweg einer Vorunternehmung durch die Schichta hinter sich haben,

scheinen zum Teil ihr Leben dadurch retten zu wollen, daß sie auch vor Gericht „gestehen“. Der Hauptangeklagte Professor Ramsin hat erklärt, daß er gegenrevolutionären Organisation angehört, und mit einer Organisation russischer Weißgardisten in Paris in Verbindung gestanden habe. Eine Intervention gegen Rußland sei von Regierungskreisen Frankreichs und Englands geplant gewesen. Der Angeklagte hat ferner erklärt, daß er sich nicht verteidigen wolle. Er wolle durch den Prozeß die Nichtigkeit konterrevolutionärer Versuche beweisen. Die sowjetische Bewegung sei durch russische Emigranten und die englische und französische Regierung mit insgesamt 6 Millionen Rubel finanziert worden.

Die Spartätigkeit in Sachsen. Im Monat Oktober wurden bei 354 sächsischen Sparassen in 214 827 Fällen 31 205 991 Mark eingezahlt und in 80 230 Fällen 20 219 818 Mark zurückgezahlt. Es ergibt sich somit ein Einzahlungsüberschuß von 10 986 173 Mark. Das Einlegerguthaben einschließlich der bisher berechneten Zinsen war Ende Oktober auf 706 450 517 Mark angewachsen.



Olympia-Theater Pulsnitz

Freitag, 28. Nov.:

Große Film-Vorführung

veranstaltet vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Pulsnitz, projektiert von der Bundesleitung Berlin:

Mahnruf der Kriegsoffer.

Anfang abends 7 und 9 Uhr. Erster Platz 60 Pfg., zweiter Platz 40 Pfg. — Freunde und Gönner, sowie Bekannte und Verwandte sind herzlich eingeladen. Die Ortsgruppe.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich meinen

Bettfedernverkauf nach Lange Str. 50

verlegt habe. — Gleichzeitig bringe ich meine besten böhmischen Bettfedern und Daunens (staubfrei und füllkräftig) in Erinnerung und bitte auch fernerhin höchlichst um gütige Unterstützung.

Bettfedern-Geschäft

Emma Kempe, Großröhrsdorf, Lange Straße 50

„Gasthof zu den Linden“ Obersteina

Sonnabend Schlachtfest. Sonntag Bratwurst-Schmaus mit Bockbieranstich. Von 7 Uhr ab Ballmusik. Freundlichst laden ein Reinh. Zschiedrich u. Frau

Geschäftseröffnung

Der geehrten Einwohnerschaft von Oberlichtenau u. Umg. zur Kenntnis, daß ich vom heutigen Tage ab den

Schmiede-Betrieb

meines verstorbenen Vaters weiterführe. Hochachtungsvoll Franz Kühne, gepr. Hufschmied Oberlichtenau, 27. November 1930.

In keiner Familie fehle

die heimattliche Zeitung: Das Pulsnitzer Tageblatt

Gustav Adolf-Frauenverein

Dienstag, den 2. Dez., abends 8 Uhr, im Herrnhaus

Advents-Feier und Adventsspiele

Eigene Arbeit mitbringen. Herzlich laden ein die Vorsteherinnen

Preisabbau!

Billige Lebensmittel

- Eier . . . Stück 0.14 M.
- Schock 7.80 M.
- Harzerkäse 10 Stück 0.20 M. Kiste 1.20 M.
- Beste Kieler Fett-Büchlinge 2 Stück 0.25 M.
- Zwiebeln 10 Pfd. 0.50 M.
- la Landsauerkr. Pfd. 0.10 M.
- Möhren . . . Pfd. 0.06 M.
- Ölsardinen und Konserven äußerst billig.

Arthur

Nitzsche

Diejenige mir reichlich bekannte Person, welche schon seit Jahren meine Klagen wegfängt, werde ich im Wiederholungsfalle rückichtslos gerichtlich verfolgen lassen.

Gustav Schäfer, Weißbach

Bäcker-Lehrling

in Feinbäckerei nach Dresden gesucht. Zu melden Dreherstraße Nr. 20.

Ein Schäferhund

(guter Wächter) billig zu verkaufen. Bretnig Nr. 220.

Räucherwaren

geräucherten Schellfisch und Goldbarsch, Büchlinge, Sprotten, la geräucherte engl. Fettheringe immer frisch

Marinaden

Hering in Gelee, Kronsardinen, Bratheringe, Bratrollmöpse, Roll-Möpse, Sahnen-Heringe, selbst marinierte Heringe, Heringe in Gelee, Rollmöpse, Bratheringe auch in 1-Liter-Dosen empfiehlt billigst

Hermann Führlich

Empfehle ferner la. englische Fettheringe. 4 Stck. 25 Pfg.

Al. möbl. Zimmer

zu verm. Näheres in der Geschäftsstelle des Tageblattes.

Inserieren bringt Gewinn!



ein Modell aus Beyers

Mode-Führer

(Bd. I: Damen. Preis 1.90, Bd. II: Kinder. Preis 1.20) jeder Band mit Schnittbogen Alles zum Selbstarbeiten! Überall zu haben! BEYER-VERLAG / LEIPZIG T

Gingefandt

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Redaktion nur die prägenannte Verantwortung. Alle Einwendungen sind kurz zu halten; das verwendete Papier ist einseitig zu beschreiben. — Anonyme Eingefandten finden keine Aufnahme

Entgegnung

In der letzten Schulausschussitzung der Stadt Pulsnitz ist von einer Seite behauptet worden, daß Schulkinder von Pulsnitz M. S. die Schloßteich Eisbahn im vorigen Jahre durch Einhacken von Löchern unbrauchbar gemacht hätten. Die Aufregung, die dadurch unter unseren Schulkindern entstanden ist, gebietet es der Lehrerschaft von Pulsnitz M. S., diese Verleumdung nicht unwiderrprochen zu lassen. Sie weiß genau, daß solche Schandtat nicht Kinderstreiche gewesen sind, weil die Kinder diese Bahn viel zu sehr lieben, sondern bebauernswerte nächtliche Auswüchse Erwachsener. Seine Wollender, die wahrscheinlich den Arbeitslosen, die vorigen Winter die Erhaltung der Bahn übernommen hatten, die geringe Einnahme nicht gönnen wollten. Unsere Schulkinder würde vielmehr dankbar dafür sein, wenn auch weiterhin für den gesunden, abhärtenden Eislaufsport, der dafür geradezu ideale Schloßteich benutzbar bliebe.

Pulsnitz M. S. Die Schulleitung.

Kirchen-Nachrichten

Pulsnitz

Sonntag, den 30. Nov., 1. Advent, 1/2 9 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Lut. 1, 67-79), Pfarrer Grobe, Lieder: Nr. 24; 707; 164; 26, 1 und 5. Sprüche: Nr. 1; 3. Chorgefang: „Hosianna“ von Gregor, für 2 Kinderchöre. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst (Mat. 11, 1-10). 2 Uhr Taufen. 5 Uhr Adventsandanacht mit Abendmahlsfeier; Pfarrer Schulze. — Donnerstag, den 4. Dez., 8 Uhr Bibelstunde in Friedersdorf (Schulze).

Landeskirchliche Gemeinschaft

Sonntag, den 30. Nov., 1/2 2 Uhr Sonntagschule. 4 Uhr Jugendbund für E. E. 1/2 9 Uhr Adventsfeier. — Dienstag, den 2. Dez., 1/2 9 Uhr Bibelstunde.

Dhron

1. Advent, 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst Singen.

Obersteina

Sonntag, den 30. Nov., 1/2 9 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Schulze.

Lichtenberg

Sonnabend, den 29. Nov., 1/2 3 Uhr Beichte und Feier des Hl. Abendmahls. — 1. Advent, den 30. Nov., 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. 1/2 3 Uhr Taufgottesdienst. 1/2 4 Uhr Adventsandanacht in der Schule zu Kleinbittmannsdorf. Im Anschluß daran Beichte und Feier des Hl. Abendmahls. — Sonnabend, den 6. Dez., 1/2 3 Uhr Beichte und Feier des Hl. Abendmahls.

Großaundorf

Donnerstag, den 27. Nov., 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus. — 1. Advent, den 30. Nov., 10 Uhr Kindergottesdienst für die Kammergruppe. 1 Uhr Taufgottesdienst. 2 Uhr Predigtgottesdienst, anschließend Hl. Abendmahl.

Oberlichtenau

Sonnabend, den 29. Nov., 6 Uhr Hl. Abendmahl in der Kirchengemeinde (alte Schule). — 1. Advent, den 30. Nov., 9 Uhr Predigtgottesdienst. Verabschiedung des Pfarrers. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst.

Reichenbach

1. Advent, den 30. Nov., 9 Uhr Predigtgottesdienst, anschließend Kindergottesdienst. Kollekte für das Oberlausitzer Viebeswerk. — Dienstag, den 2. Dez., 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus. — Freitag, d. 6. Dez., 9 Uhr Wochentkommunion (Herr Pf. Sebastian, Neutritz).

Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Nur zeitweise etwas aufsteigende Winde aus südl. Richtung. Vorübergehend stärker bewölkt, zeitweilig auch aufsteigend. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Keine erheblichen Niederschläge.

Sonne und Mond.

28. 11.: S.-U. 7.45, S.-U. 15.50; M.-U. 13.23, M.-U. 23.44

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden vom 27. November

Anf. tier	Schlachtvieh-Ordnung	Wertklassen	Preise für 50 kg in RM Lebend- und Schlachtgewicht	Be- schaffungs- gang		
I. Rinder	a) vollfleischige ausgem. höchsten Schlachtwertes	1. junge		belangl.		
		2. ältere				
A. Ochsen	b) sonstige vollfleischige	1. junge		belangl.		
		2. ältere				
4. Bullen	a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		belangl.		
		c) fleischige				
		d) gering gemästete				
		e) gering gemästete				
7. Rinde	a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		belangl.		
		c) fleischige				
		d) gering gemästete				
		e) gering gemästete				
D. Ferkel (Kalb.)	a) vollfleischige ausgem. höchsten Schlachtwertes	b) sonstige vollfleischige		belangl.		
		c) mäßig gemästetes Jungvieh				
713. Rinder	a) Doppelsender, beste Mast	b) beste Mast- und Saugkälber	68-72	115	schlecht	
		c) mittlere Mast- und Saugkälber		60-66		105
		d) geringe Rinder		52-58		100
		e) geringste Rinder				
		f) geringste Rinder				
96. Schafe	a) beste Mastlamm- und jüngere Mastlamm- u. 2. Stallmast	b) mittl. Mastlamm- u. 2. Mastlamm- und gutgemästete Schafe		belangl.		
		c) fleischige Schafschaf				
		d) gering gemästete Schafe und Lämmer				
		e) gering gemästete Schafe				
700. Schweine	a) Ferkelwägen über 300 Pfund	b) vollfleischige Schweine von 240 bis 300 Pfund	64-66	81	schlecht	
		c) vollfleischige von 200-240 Pfund	62-63	83		
		d) vollfleischige von 160-200 Pfund	59-61	83		
		e) fleischige von 120-160 Pfund	56-58	81		
		f) fleischige unter 120 Pfund				
1820		g) Saunen				

Steuern — Steuern — Steuern.

Vom Dresdner Leben.

Gutes ist dieses Mal aus Sachsens Hauptstadt kaum zu berichten. Wie sollte es auch? Die Wirtschaftsnot verhängt sich immer mehr, über 71 000 Dresdner Einwohner sind erwerbslos, weitere Tausende stehen täglich unter der Furcht, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, — und die anderen bedroht die Lohn- oder Gehaltskürzung, während sie von der jüdel versprochenen Preisentwertung kaum etwas zu spüren bekommen. Und sollte sie doch zur Tatfache werden: dann sorgt schon der Strauß neuer Steuern dafür, daß immer wieder ein Minus bleibt.

Es ist wirklich etwas viel, was mit einem Male über Dresdens Steuerzahler hereingebrochen ist. Es gibt ja kaum einen Haushalt, in dem nicht ein Hund oder eine Katze oder ein Klavier oder ein Grammophon anzutreffen wäre, viele aber sind zu finden, wo man zwet oder drei dieser „Dinge“ besitzt. Kann man den Betreffenden deshalb übermäßigen Luxus vorwerfen? Gewiß nicht, — zahlen aber müssen sie die neuen Steuern, die die Gemeindefinanz festgesetzt hat, nachdem die Stadtverordneten ihre Zustimmung versagt hatten. Und damit noch nicht genug! Jeder Tag kann die Einführung der neuen Steuern, die die Gemeindefinanz festgesetzt hat, und dann gibt es ja schließlich auch noch die Getränkesteuer, gegen die die Gastwirte mit ihrem emtägigen Streit eindrucksvoll — aber doch ergebnislos protestiert haben. Es war ein merkwürdiges, ganz ungewohntes Bild, diese geschlossenen Wein- und Bierlokale und Kaffeehäuser und Kabarets, und mancher Dresdner Bürger hat erst an diesem Tage gemerkt, daß man ganz gut auch einmal den Abend zu Hause verbringen kann. Eine zweiseitige Sache also für die Streitenden, und sie geben auch ganz offen zu, daß sie es nicht wagen konnten, den Streit länger als einen Tag durchzuführen, sie selbst waren die Leidtragenden.

Die Erbitterung des Gastwirtsgerwerbes ist aber natürlich vollkommen verständlich. Denn zweifellos leidet der Umsatz ganz erheblich unter dieser Steuer. Es gibt nicht mehr viel überflüssiges Geld, und man schränkt sich dort ein, wo keine Lebensbedürfnisse befriedigt werden müssen. Wobei man keine Rücksicht darauf nehmen kann, daß wieder das Brot anderer Menschen davon abhängt. Und wenn die Stadt an sich mit Recht anführt, daß ihre Einnahmen zu niedrig sind, und sie alles versuchen muß, um das Defizit zu beseitigen, dann muß man sie doch fragen, ob sie denn auch wirklich immer Sparfamekeit geübt hat. Wenn man einmal — um nur ein Beispiel unter vielen anzuführen — über die neue Brücke bei Abigau geht, — die nach einem treffenden Witzwort „ins Nichts“ führt —, und dort kaum einem anderen Menschen noch begegnet, wird es einem schwer fallen, mit Ja zu antworten. Und man fragt sich, warum der Oberbürgermeister nicht verantwortungsbewußt das Diktat des Gemeindefinanzes damals verlangt hat, als es galt, Millionen und aber Millionen für überflüssige und sinnlose Bauprojekte zum Fenster hinauszumerfen. Die Sünden der (Stadt-)Väter müssen die Dresdner nun büßen.

In knapp sechs Wochen ist Weihnachten. Nur ungern erinnert man sich heuer daran. Wenn man kein Geld für ein paar Geschenke erübrigen kann, kommt auch die rechte

Weihnachtsstimmung nicht. Und die Geschäftsleute dürften sich nicht irren, wenn sie den kommenden Wochen, die sonst oft genug geschäftliche Festschläge des ganzen Jahres wieder gut machen, mit sehr bescheidenen Erwartungen entgegensehen. Es braucht bloß noch das Weiter so naß und unfreundlich zu bleiben, wie es nun schon monatelang ist: dann haben wir einen „Winter des Mißvergnügens“, wie er auch in den Erinnerungen der bekannten „ältesten Leute“ noch niemals dagewesen ist.

150 Jahre Brodengespenst.

Der höchste Berg des Harzes war von jeher Schauplatz von allerhand Sagen. So gewann Goethe die Eindrücke zur „Walpurgisnacht“ mit den Hexen, die auf Besen über den Brocken reiten, auf einer Brockenwanderung. Die Nebel, die hier, namentlich im Spätherbst, die Umrisse der Tannen und des Gesteins in phantastischen Formen erscheinen lassen, geben der Phantasie des Menschen Anlaß, Gespenster zu sehen. Eine dieser Naturerscheinungen, die die Gemüter immer wieder beschäftigt hat, wurde vom Volke geradezu das „Brodengespenst“ genannt. Selbst die nüchternen Wissenschaftler, die Meteorologen, haben das Brodengespenst beobachtet, und die Meteorologische Station auf dem Gipfel des Brockens hat festgestellt, daß während des Jahresrückts von 1919 bis 1923 derartige „Brockenschatten“ an insgesamt 31 Tagen zu sehen waren, allein im Jahre 1920 13mal. Am häufigsten zeigte sich die Erscheinung im Oktober, nämlich im ganzen an neun Tagen, während sie im Februar und November acht- bzw. sechsmal auftrat.

Was ist das Brodengespenst? Der Brockenwirt erklärt, daß man an Nebeltagen mitunter nur den eigenen Schatten erblickt, ohne den der Gefährten, und es ist höchst merkwürdig, daß dieser Schatten umgeben wird von einem in den Farben des Regenbogens leuchtenden Heiligenschein. Bei rauhem Nebel sollen vom Haupte des Schattens drei gelbe, hell glänzende Strahlen rechts und links vom Auge und senkrecht ausgehen, und wenn die Kälte fehr stark ist, so glänzen diese Strahlen so stark, daß das Auge nicht lange hineinzusehen vermag.

Seit 150 Jahren geht das Gespenst schon um; denn im Jahre 1780 berichtete bereits der Berliner Oberbaurat Silberschlag in einem eigenartigen Werke von dem Gespenst, das er auf dem Brocken gesehen hatte. Es war um die Zeit der Herbstnebel. „Eben als die Sonnenscheibe den Anfang machte, im Abendhorizonte zu verschwinden“, schreibt Silberschlag, „wendete ich mich gegen Osten, und plötzlich erschien der Schattenriß des Berges, vielmals größer, als der Berg selbst war, schwebend in der Gegend von Halberstadt. Alles stand so deutlich in dem Nebel abgezeichnet vor Augen, daß man das Haus und die Anwesenden sehr genau unterscheiden konnte. Dieses colossalfache Gespenst sahe desto fürchterlicher aus, weil in der Tiefe des ebenen Landes schon Nacht geworden war. Es ahnte alle Bewegungen der Personen nach, die wie ungeheure Cyclopen auf dem Gipfel des Berges daherschritten. Das Brockenhäuschen hatte sich in einen Ballast unsere Füße in gelenkige Tannen und unsere Arme in Waiste verwandelt. Ein in der Hand gehaltenes Schnupftuch stellte ein Siegel vor.“ Dr. C. v. J e z e w s k i.

Berliner Polizei hebt eine Studentenversammlung aus.

Berlin. Am Mittwoch vormittag um 9 1/2 Uhr erschien vor den „City-Festhallen“ in der Dresdner Straße 52/53 ein großes Polizeiaufgebot mit Lastautos, das die Eingänge zu den Sälen besetzte und dann in die Säle eindrang. Gleich darauf wurde eine große Anzahl von Studenten in Band und Mütze auf die Lastautos gesetzt und zum nächsten Polizeirevier gefahren.

Dem polizeilichen Vorgehen liegt folgender Vorfall zugrunde: Die 15 Berliner Burschenschaften hatten am Mittwoch morgen 51 Mensurpartien angelegt. Auf welchem Wege die Polizei davon Kenntnis erhalten hat, steht noch nicht fest.

Die Polizei stellte etwa 200 Studenten fest. Diejenigen von ihnen, die sich nicht ausweisen konnten oder wollten, wurden auf bereitstehenden Lastautos zum nächsten Polizeirevier gebracht.

Es ist der Polizei nicht gelungen, die Studenten bei den Mensuren, also auf frischer Tat zu ertappen. Auch blutiges Messerzeug wurde von den Beamten nicht gefunden. Kriminalbeamte fanden bei einer Hausdurchsuchung lediglich mehrere stumpfe Schläger sowie Masken und Bandagen. Es handelt sich hierbei um Waffen, die zu sportlichen Übungen benutzt werden. Die beschlagnahmten Gegenstände wurden ebenfalls nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Als die Polizei eindrang, hielten die Versammelten gerade eine Besprechung über einen Vortrag, der kurz vorher stattgefunden hatte, ab. Die Studenten, die sich ausgewiesen hatten, wurden auf freiem Fuße belassen, während man die anderen auf dem Polizeirevier feststellte. Als Grund für das Einschreiten der Polizei gab der führende Major an, daß die Versammlungsteilnehmer im Verdacht ständen, eine strafbare Handlung begangen zu haben. Drei Studenten soll man direkt bei der Mensur überrascht haben. Sie werden sich wegen Beteiligung an der verbotenen Mensur zu verantworten haben.

Der Eingriff der Berliner Polizei ist der erste dieser Art in Berlin. Zwar hat man hin und wieder versucht, Bestellungen an Mensuren festzustellen, aber Aktionen der vorliegenden Art sind noch niemals erfolgt. In studentischen Kreisen erblickt man in dem Schritt der Polizei einen systematischen Kampf gegen die Studentenschaft.

Ist Schlägermensur lebensgefährlich?

Angesichts dieser Verhaftungen wird studentischen Kreisen wieder die Frage vorgelegt, ob die Schlägermensur lebensgefährlich ist. Alle Couleurstudenten betonen, daß die unter den üblichen Bedingungen, mit den üblichen Bandagen ausgeführte Schlägermensur ein Sport ist, der an Gefährlichkeit weit hinter dem Sport des Bogens, des Ringens, des Turnens, des Fußballspiels, des Bergsteigens, des Motorradfahrens und des Schwimmens zurücksteht. In der Zeit vom 1. Juli 1928 bis 15. April 1930 kamen folgende tödliche Unfälle vor: Bei der Mensur 1, beim Bogen 9, beim Fußballspiel 16, beim Ruder- und Segelsport 182, beim Bergsteigen 244, beim Motorradsport 471, beim Schwimmen 619. Demgemäß hat der Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie vor einem Gesetz, das die studentische Schlägermensur als Zweikampf mit tödlichen Waffen unter schwere Strafe stellen will, im April einstimmig gewarnt.

Aus aller Welt

Zwanzig Opfer der amerikanischen Kältewelle.

New York. Eine tiefe Kältewelle, die sich von Westen nach Osten bewegte, hat zwanzig Todesopfer gefordert. Heftige Schneestürme wüteten in Atlanta (Georgien) und in den Rocky Mountains. Sogar im Süden, wo selten ein Frost einzugreifen pflegt, sank die Temperatur nachts unter den Gefrierpunkt.

Zugkatastrophe in Italien.

Mailand. In der Nähe von Ancona entgleiste ein Zug, durchbrach eine Mauer und stürzte auf einige Wohnhäuser. Die Häuser wurden niedergegerissen. Nach den ersten Meldungen sind sieben Tote und elf Schwerverletzte zu beklagen.

Raffel. Furchtbares Eifersuchtsdrama. In dem Ort Dorla fand man an einem Baum angelehnt die Leiche der 17-jährigen Elisabeth Schmidt auf. Dem Mädchen war die Kehle durchgeschnitten. Als Täter wurde ein in dem benachbarten Deute arbeitender Stallknecht ermittelt. Als man den Mörder festnehmen wollte, fand man ihn in seinem Zimmer erhängt auf.

Glensburg. Torpedobootrettete einen Fischkutter. Der Fischkutter „Freyo 200“ des Besitzers Matthies war bei den letzten Stürmen in der Ostsee infolge eines Motorschadens steuerlos geworden und hatte bei dem schweren Wetter Mast und Anker verloren. Dem Torpedoboot „T. 157“ gelang es, den Kutter aus schwerster See not zu retten und nach Langballigau einzuschleppen. Die Besatzung des Fahrzeuges befand sich in völlig erschöpftem Zustande.

Hamburg. Dreimastschoner gesunken. Der 224 Bruttoregistertonnen große Hamburger Dreimastschoner „Lütt“, der unter Führung seines Besitzers, des Kapitäns Rauschütz, mit einer Ladung Holz am 20. Oktober von Frangul in Finnland nach Stettin ausgelaufen ist, ist noch in seinem der Ostseehäfen eingetroffen und völlig verschwunden. Mit dem Verlust des Schiffes und der acht Mann starken Besatzung ist demnach mit großer Wahrscheinlichkeit zu rechnen.

Frankfurt a. M. Ein Ziegelstein statt Geldscheinen. In dem Büro des Gewerkschaftsbundes der Angestellten wurde einem Kassenboten eine Aktienmappe, in der sich insgesamt 9000 RM. in Scheinen und Hartgeld befanden, durch unbekannte Täter entwendet und dafür eine Aktienmappe mit einem Ziegelstein und Papier gefüllt untergeschoben.

Offenbach a. M. Ein Bürgermeister vor Gericht. Vor dem erweiterten Schöffengericht findet die Verhandlung gegen den Bürgermeister von Seligenstadt, Singer, statt. Er ist beschuldigt, Vermögensgegenstände, die er eingenommen hatte, unterschlagen, das Defizit durch Falschbuchungen verschleiert zu haben, und falsche Beurkunden gemacht zu haben. Der Angeklagte ist seit 26 Jahren Bürgermeister. Er erklärte in der Verhandlung, daß wegen Arbeitsüberlastung über die Einnahmen an Vermögensgegenständen nicht Buch geführt worden sei, und daß er in gutem Glauben gehandelt habe.

Regensburg. Ungetreue Beamte. Bei der oberpfälzischen Kreisregierung waren in den letzten Wochen beträchtliche Vorräte abhanden gekommen. Man hat nun ein großes Betrugsmandat aufgedeckt. Der 43-jährige Verwaltungsinpektor Karl Josef Wilbenauer ist jetzt wegen Unterschlagung dieser Summen verhaftet worden. Der ungetreue Beamte ist geständig. — Vor einigen Wochen hat sich auch der verheiratete Oberstadtssekretär Feichtl in Landsbut erschossen. Die Untersuchung ergab nunmehr, daß der Selbstmörder Steuerabzugsbeträge und Steuern des Bayerischen Gemeindebeamten-Pensionistenvereins in Höhe von rund 20 000 M. veruntreut hatte.

London. 625 Kilometerstunden im Flugzeug. Mit dem neuenickers-Flugzeug gelang es, eine Geschwindigkeit von 380 englischen Meilen pro Stunde (etwa 625 Kilometer) zu erreichen. Dies wurde auf gerader Strecke erzielt. Bei den Schneiderpokalwettbewerben war die Höchstgeschwindigkeit 355,8 englische Meilen.

Börse und Handel.

Amstliche sächsische Notierungen vom 26. November.

Dresden. Die Tendenz neigte weiter zur Schwäche. Unter besonderem Druck litten Zwisdauer Kammgarn, die sich 14 Prozent, und Strohhoff, die sich 8,50 Prozent niedriger stellten. Ferner verloren Dresdner Aluminium-Genußscheine 6,50,

Deutsche Lon 4,50, Hauener Gardinen 4, Elektrizitäts- und Bahnanlagen 3,50, Dittersdorfer Filz 3, Sächsische Bodencredit, Valenciennes, Triton, Rosenthal, Max Stahl, Paschen und Schubert u. Salzer je 2 Prozent. Von letzteren wechselliefen heute gegen 14 000 Mark ihre Besitzer. Anlagewerte blieben weiter überwiegend angeboten.

Leipzig. Die Börse verkehrte matt und lustlos. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen. Kursverluste übermogen und gingen bis zu 4 Prozent. Anleihen schwächer. Freiverkehr unverändert.

Chemnitz. Die Chemnitzer Börse verkehrte in schwacher Haltung und es kam auf allen Marktgebieten zu Verlusten, die aber nicht über 2 Prozent hinausgingen. U. a. wurden niedriger gehandelt David Richter, Bachmann u. Ladewig, Dittersdorfer Filz, Radeberger Bier sowie Bankaktien. Die Divergenz lagen uneinheitlich. Freiverkehr still.

Chemnitzer Produktenbörse. Weizen inl. 255-261, Roggen 155-160, Sandroggen 162-167, Sommergerste 210-225, Wintergerste 180-190, Hafer alter 180-185, neuer 145-165, Weizenmehl 70 Proz. 46, Roggenmehl 60 Proz. 28,75, Weizenkleie 9, Roggenkleie 8,50, Weizenheu neu lose 7,50, Getreidestroh drahtgepreßt 3,25. Geschäftsgang: Alles ruhig.

Berliner Börse vom Mittwoch: Kurseinbruch.

Es ist durchaus keine Uebertreibung, wenn man die Rückgänge des Mittwochs als Verwüstung des Kursniveaus bezeichnet. Eine Reihe von Spitzenwerten war gegenüber den Schlussnotierungen des Dienstags 4 bis 8 Prozent schwächer. Bei einigen Werten gingen die Verluste noch weit darüber hinaus. Stärkere Beunruhigung löste eine Mitteilung der Reichsbank aus, daß sie die Kupons der Tribunanleihe nur unter Vorbehalt einlösen werde. Mit der Erklärung folgt die Reichsbank lediglich einem internationalen Brauch — es handelt sich ja auch um eine internationale Anleihe. Die Reichsbank will eventuelle Ansprüche, die von Inhabern verloren gegangener oder gestohlener Stücke der Anleihe an sie gestellt werden könnten, von vornherein ausschließen. Einen unmittelbaren Einfluß auf die Tendenz dürfte der Jahrtag des 27. gehabt haben. Die Differenzen, die zu begleichen sind, sind außergewöhnlich groß, und sehr oft wird es notwendig gewesen sein, zur Aufbringung der erforderlichen Beträge Effektenverkäufe vorzunehmen.

Berliner Produktenbörse: Stetig.

Vom Auslande lagen keine Anregungen vor, das Inlandsangebot ist nur an der Rüste etwas besser. Die Provinzmühlen nehmen das geringe herauskommende Material zumeist auf. Das Mehlgeschäft froht. Gerste und Hafer ruhig. Die Umsätze waren allgemein klein.

Amstliche Notierung der Mittagsbörse ab Station. Mehl und Kleie brutto einschl. Sac frei Berlin.

1000 kg	26 11. 30	25 11. 30	100 kg	26 11. 30	25 11. 30
Mei.	250 0-251 0	250 0-251 0	Weizen	9.0-37.2	29.0-37.2
Dea.	263.0-263.5	262.5-263 0	Roggen	9.5- 0.7	23.5-26.7
Mär.	276.5-277 0	275.5-276 0	Weizenkleie	8.50-9.00	8.50-9.00
Ma.	284.0-284.5	—	Roggenkleie	8.25-8.75	8.25-8.75
			Weizenkleie melasse	—	—
Rogo.	147.0-149.0	147.0-149.0	Raps (1000kg)	—	—
Dea.	168.0-169.0	168.75	Getreide (da)	—	—
Mär.	181 2-181.5	182.0-181 7	Erbsen, Viktoria	25.0-31.0	25.0-31.0
Ma.	187.00	187.00	Bl. Pfefferkörner	24.0-26.0	24.0-26.0
			Zutereerbsen	19.0-21	19.0-21.0
			Belu chsen	19.0-20.0	19.0-20.0
			Ackerbohnen	17.0-18.0	17.0-18.0
			Wickel	17.0-20.0	17.0-20.0
			Sap neu blau	—	—
			Sap neu gelb	—	—
			Serradella neue	—	—
Da er	137. -146.0	138.0-147.0	Rapskuchen	8.50-9.50	8.50-9.50
Dea.	154.00	152.7-153.0	Leinöluchen	15.0-15.3	14.9-15.2
Mär.	163.50	162.50	Trodenkuchen	5.40-5.90	5.40-5.90
Ma.	172.00	170.75	Soya-Ergtraut.	—	—
			Schrot	13.5-3.8	13.3-3.9
			Kartoffelstoden	—	—

Magdeburger Zuckernotierungen. Gemahl. Melis bet Lieferung November-Dezember 25,25. Tendenz ruhig. — Rohzucker: Tendenz ruhig.

Metallpreise in Berlin (für 100 Kilogramm in Mark): Elektrolytkupfer wirebars 110,75; Original-Hüttenaluminium, 98 bis 99 Prozent, in Blöden 170; do. in Balz, oder Drahtbären, 99 Prozent 174; Reinmetall, 98 bis 99 Prozent 350; Antimon-Regulus 52,50 bis 54,50; Feinsilber für 1 Kilogramm 48,50 bis 50,50. (Ohne Gewähr.)

Evchen aus dem Armenviertel

Roman von Käthe Hübner-Wehn
Copyright by: Martin Fouchéwanger, Halle (Saale)

Wie er nun Eva herankommen sah, ließ er von seiner Beschäftigung ab und kam hurtig auf sie zugetrippelt, um ihr vertraulich sein Patschhändchen entgegenzustrecken. Als die junge Frau mit dem Kleinen der Bank zuschreiten wollte, um dort ihre Käschereien vor den erwartungsvollen Augen auszubereiten, sah sie Herbert Hainer sitzen, der so sehr in den Anblick der Landschaft versunken war, daß er ihr Kommen gar nicht bemerkt hatte. Erst, als sie fast unmittelbar vor ihm stand, hörte er das Geräusch ihrer Schritte und wandte sich um.

Eine Weile sahen sie sich schweigend an, ohne ein Wort des Grußes zu finden. Endlich riß der junge Arzt sich aus seiner schmerzlichen Ueberraschung und erhob sich:

„Bitte, gnädige Frau, der Platz ist frei. Ich werde nicht länger stören, und Ihnen die Peinlichkeit eines Alleinseins mit mir verfürzen.“

Sie hatte ihre Betroffenheit über dieses gänzlich unerwartete Wiedersehen überwunden, und mit einem warmen Leuchten in den Augen, das aus der Bewegtheit ihres Herzens kam, bat sie:

„Reiben Sie doch, Herr Doktor, es ist ja Platz für uns beide hier. Und Sie waren so in den Anblick der Schönheit der Berge hier versunken, daß ich es als barbarisch betrachten würde, Sie hier zu verdrängen.“

„Sie waren nicht immer so rücksichtsvoll in Ihrer Gesinnung mir gegenüber, gnädige Frau, und haben es nicht als barbarisch betrachtet, eines anderen Menschen Glück und Hoffnung für alle Zeiten zu zerstören.“

Die junge Frau schüttelte in schmerzlichem Vorwurf das schöne, blonde Haupt:

„Warum diese Bitterkeit, Doktor? Muß das sein, und glauben Sie, daß dadurch Geschehenes zu ändern ist?“

Er lachte zornig auf:

„Sie fragen noch, warum diese Bitterkeit? Sollten Sie so schnell vergessen haben, daß ich einst ein ganzes Meer von Liebe an Sie zu vergeben hatte! Und was boten Sie mir dafür? Verrat und Untreue! Erbärmliche Zweifel und kleinliche Bedenken. Mit beiden Händen griffen Sie nach der schnelleren und besseren Versorgung. Oh, das war sehr klug von Ihnen, denn als unbedeutender Assistentenarzt an irgendeinem kleinen, fernen Krankenhaus hätte ich Ihnen ein wenig feudales Leben bieten können, als Ihr jetziger Gatte es kann...“

„Jetzt ist es genug... halten Sie ein, Herbert Hainer; denn jedes Wort, das Sie sprechen, trifft mich ins Herz, das Ihnen damals keine Minute die Treue gebrochen hat.“

Sie nahm hastig aus ihrer Tasche eine Tüte Bonbons und drückte sie dem Bübchen in die Hand.

„Geh zu deiner Mutter, Hänschen, und gib ihr auch etwas aus der Tüte“, sagte sie erregt und schob das Kind dem Haupte zu. Als der Kleine verschwinden war, wandte sie sich wieder dem Manne zu:

„Klagen Sie nicht mich, klagen Sie vielmehr Ihre Mutter an, die sich nicht scheute, den Weg zu uns, in unser bescheidenes, kleines Häuschen zu nehmen, und die meiner Mutter so zusetzte, daß diese gern ihr Versprechen gab, jede Verbindung zwischen uns beiden zu vereiteln. Und das Wort der Frau Professor Hainer einzig und allein ist es, daß jener letzte Brief aus Ihrer Hand, der die Ereignisse hätte aufhalten können, nicht zu mir gelangte. Aus meiner zerrissenen, seelischen Verfassung heraus flüchtete ich zu meinem jetzigen Manne; um allen Kämpfen ein Ende zu setzen, griff ich nach der Hand, die sich mir rettend entgegenstreckte. Wenn Sie wüßten, wie zart der Mann um mich war, wie gütig und väterlich seine Sorge um mich war, und wie mein krankes Herz allmählich an seiner Seite gesundete, dann würden Sie begreifen können, daß ich damals nicht anders handeln konnte, nachdem ich mich vergessen und verschmäht von Ihnen glaubte.“

Eva schwieg erschöpft und trocknete die Tränen, die ihr

während ihrer leidenschaftlichen Anklage über die Wangen rannen. Herbert Hainer aber stand bewegungslos, wie erstarrt vor Staunen da. Ganz bleich war sein Gesicht geworden, und in den Augen brannte ein düsteres Feuer. Endlich strich er sich mit der Hand, wie erwachend, über die Stirn; ein schweres Atemholen kam über seine Lippen.

„Verzeihen Sie mir, Eva“, sagte er, schmerzlich bewegt, „jetzt sehe ich das alles in einem anderen Lichte, und ich kann Ihr Handeln verstehen und sogar entschuldigen. Nicht anzuklagen, sondern um Vergebung zu bitten, habe ich für den brutalen Eingriff meiner Mutter in unser Liebesglück. Es ist gut, daß ich nun den Zusammenhang weiß. Jetzt werden mich meine Eltern nie und nimmer dazu bringen, die Verbindung mit meiner Kusine einzugehen. Noch heute löse ich dieses mir so verhaßte Verlöbniß. Und meine Mutter soll als Strafe für ihr — allerdings von ihrem Standpunkt aus — herzlich gutgemeintes „Schicksalspielwollen“ im nächsten Jahre nicht spüren, daß sie einen Sohn hat. Ich werde sie heute noch zur Rechenhaftigkeit ziehen.“

„Nein, das dürfen Sie nicht tun, Herbert“, rief Eva erregt dazwischen. „Ihre Mutter soll keinen Vorwurf und keine Klage von Ihnen zu hören bekommen; denn uns beiden kann man ja dadurch doch nicht mehr helfen. Und mir ist meine gesellschaftliche Verbindung mit Ihren Eltern, die ich nicht abbrechen kann, erschwert. Was würde mein Mann sagen, wenn Ihre Mutter sich plötzlich von mir zurückziehen würde, was unbedingt der Fall wäre, wenn Sie sprächen...“

Wie bittend umschlangen ihre Hände die seinen. Er suchte unter dieser Verhüllung zusammen und sah, schmerzlich bewegt, in ihr glühendes Gesicht. In einer impulsiven Bewegung beugte er sich dann über ihre Hände und küßte sie schein und innig:

„Nun gut, ich werde meiner Mutter jeglichen Vorwurf ersparen. Aber meine Verlobung löse ich, daran könnten auch Ihre Bitten nichts ändern. Mein Kontrakt mit dem Krankenhaus läuft im nächsten Monat ab. Ich werde ihn für ein weiteres Jahr erneuern, um einer Heimkehr in der nächsten Zeit aus dem Wege zu gehen.“ (Fortf. folgt.)